

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1266

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 50 mm breite Anzeigenzeile 1,50 M., für ausgedruckte An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche  
40 Proz. Rabatt. Für Briefverlegung 10 Pf.

Nr. 25

Dresden, Sonnabend den 30. Januar 1926

37. Jahrg.

## Landesparteitag

Heute tritt hier in Dresden der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie zusammen. Große Aufgaben hat die sächsische Sozialdemokratie zu lösen, und es würde dem Parteitag wahrlich nicht an Beratungsmaterial fehlen, wenn er sich nicht wieder mit dem sächsischen Konflikt beschäftigen müßte. In den letzten Monaten hat man ja in der Öffentlichkeit von dem Sachsenkonflikt wenigstens bis vor kurzem nicht allzuviel gehört, aber die Eingeweihten wissen, daß innerhalb der Fraktion und der Landesinstanzen um den Konflikt gerungen wurde. Es hat sich gezeigt, daß der Beschluß von Seidelberg bisher nicht imstande war, die Streitigkeiten in der Partei zu beenden, und lebhafteste Meinungskämpfe um die Auslegung und Ausführung dieses Beschlusses konnten leider nicht vermieden werden. Wir wollen vor dem Landesparteitag diesen Auslegungstreit nicht weiterführen, sondern nur auf die Ausführungen des Präsidenten der Hamburger Bürgerchaft, Koss, auf dem Seidelberger Parteitag hinweisen, der da sagte, es ginge nicht an, daß Genossen, die von der Partei ins Parlament entsandt wurden, sich da und in Widerspruch zu dem Willen ihrer Parteigenossen im Lande setzen. Und das ist das Wesentliche! Es hat gar keinen Zweck mehr, auf die sächsischen Fragen einzugehen, die an der Wiege des Sachsenkonflikts standen. Es kann wohl gesagt werden, daß unüberbrückbare sächsische Meinungsverschiedenheiten in der sächsischen Partei nicht mehr bestehen. Auch die Genossen der sogenannten Linken haben wiederholt erklärt, daß sie nicht unter allen Umständen eine Koalition ablehnen, und die Genossen der Rechten werden nicht behaupten wollen, daß sie Anhänger der Koalition in jedem Preis sind.

Die Erfahrungen, die wir in Sachsen machten, bestätigen nur zu sehr, wie recht Genosse Koss mit seinen Seidelberger Ausführungen hatte. Es wäre natürlich verfehlt, alle Schwächen unserer Organisation auf den sächsischen Konflikt zurückzuführen. Die schweren wirtschaftlichen Nöte der Zeit verleiht auch eine gewisse politische Müdigkeit, die weite Kreise unseres Volkes ergriff, konnten nicht spurlos an unserer Partei vorübergehen. Aber die Tatsache ist nicht wegzulegen, die Kämpfe zwischen Mehrheit und Minderheit und der harte Widerstand, den die 23 Fraktionsgenossen gegenüber den Beschlüssen der Organisation leisteten, haben vielen unserer Genossen die richtige Freude an der Arbeit für die Partei genommen; da und dort ist lähmender Nihilismus eingetreten. Man kann allenfalls begreifen, daß die Dreiund-

zwanzig an ihrem Standpunkt festhielten, solange sie noch mit einigem Recht glauben konnten, daß es ihnen gelingen werde, die Mehrheit der Genossen im Lande für sich zu gewinnen. Aber davon konnte zum mindesten seit dem Leipziger Parteitag im Oktober 1924 keine Rede mehr sein, und da war es für die Dreiundzwanzig die höchste Zeit zum Einlenken, zumal sie sehen mußten, welcher Schaden für unsere Bewegung entstand, wenn sie weiter an ihrem Standpunkt festhielten.

Weil die Parteigenossen der Fraktionsmehrheit ihre Partei nicht hinter sich haben, war ihre Stellung in der Koalition von vornherein schwach. Aber nach allem, was wir erlebt haben, muß man leider zu dem Urteil kommen, daß sie in der Koalition nicht mit der Energie für die Rechte und Interessen des Proletariats gerungen haben, wie das unbedingt notwendig ist, wenn Sozialdemokraten zusammen mit Vertretern bürgerlicher Parteien in einer Koalition sitzen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man den bürgerlichen Parteien allzu leicht Zugeständnisse machte, die man ohne Zustimmung seiner Parteigenossen niemals machen dürfte. Man muß heute leider auch sagen, daß die Genossen, die von der Mehrheit der Fraktion mit ihrer Vertretung in der Regierung betraut waren, insbesondere der Ministerpräsident Seidt und der Minister des Innern, Max Müller, sich als sehr wenig geeignet erwiesen für die allerdings schwierige Aufgabe, die Arbeiterkraft in der Koalition zu vertreten.

Wir wollen nicht im einzelnen auf die Vorgänge eingehen, die sich während der Zeit der Koalition abspielten. So z. B. nicht auf die Verschlechterung der Gemeindeordnung, zu der die Genossen der Mehrheit trotz dem Protest der Parteigenossen und der sächsischen Organisation nur allzu willig die Hand boten. Es mag zugegeben werden, daß in der Hitze des Gefechts zuweilen Vorwürfe gegen die Genossen von der Fraktionsmehrheit und der Regierung erhoben wurden, die vielleicht nicht völlig gerechtfertigt waren. Aber auch wenn man sehr milde und vorsichtig urteilt, bleibt noch allzuviel übrig. Koalitionspolitik ist Kompromisspolitik. Doch trotz der Koalition hätten bei gutem Willen und einiger Geschäftlichkeit so manche Vorgänge vermieden werden können, die die Parteigenossen auf so schwere Irrtümer brachte. Mühte es z. B. sein, daß die Genossen Seidt und Soles in so brücker Weise auf die Straße geworfen wur-

den? Konnte der Ministerpräsident Seidt beim Empfang Sindenburgs wirklich keine andre Rede halten als die, die er gehalten hat? War das Telegramm des Innenministers Müller an die Witwe des Generals Müller, das die Empfindungen der Parteigenossen aufs schmerzliche verletzte, in dieser Form notwendig? Und um ein Beispiel aus der letzten Zeit zu nennen: war es nötig, den Genossen Kunkler von seinem Posten zu entfernen, ohne daß man den Parteigenossen in der Fraktion auch nur ein Wort davon sagte? Wahrscheinlich, daß es einen Preis für Minister, die es besonders glänzend verstehen, ihre eigenen Parteigenossen vor den Kopf zu stoßen, diesen Preis würden todlicher gewisse Mitglieder der sächsischen Regierung verdienen.

Unter diesen Umständen braucht sich wirklich niemand mehr zu wundern, daß die sächsischen Parteigenossen ohne Unterschied der Parteirichtung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Meinung sind, daß die jetzige Regierung und die jetzige Koalition unter allen Umständen verschwinden müssen. Es ist auch kein Geheimnis, daß der Berliner Parteivorstand, der lange Zeit hinter der Fraktionsmehrheit stand, heute von der Unhaltbarkeit der sächsischen Koalitionspolitik recht gründlich überzeugt ist, nachdem mehrere seiner Mitglieder, das sehr zweifelhafteste Vermögen hatten, die sächsischen Verhältnisse aus nächster Nähe kennenzulernen. Hoffentlich wird der Parteivorstand diese Anschauung auch auf dem Parteitag mit der gebotenen Energie vertreten.

Wie die Willensfindung des Parteitages ausgehen wird, kann kein Zweifel sein; er wird den Genossen von der Fraktionsmehrheit mit aller Deutlichkeit zeigen, daß sie sich nun endlich einmal den Wünschen ihrer Parteigenossen fügen müssen. Das mag diesen Genossen schwer werden. Es wird von ihnen verlangt, ihre Meinung zugunsten einer notwendigen Disziplin zurückzustellen. Aber wer es wirklich mit der Demokratie ernst meint, der muß bereit sein, ein solches Opfer zu bringen. In dem Augenblick, wo diejenigen, die eine Führerrolle einnehmen, den Willen der Mehrheit sabotieren, hört jede Demokratie auf. Auf's schwerste würden sich die Genossen gegen das sächsische Proletariat, ja gegen die ganze Sozialdemokratische Partei, die unter den Umständen in Sachsen leidet, verführend, wenn sie auch jetzt ihren Widerstand nicht aufgeben. Fügen sich jetzt die Genossen nicht, so können sie sicher sein, daß die sächsische Parteiorganisation einen sehr deutlichen und klaren Strich zwischen sich und ihnen ziehen wird. Möge der Parteitag der letzte sein, der sich mit dem Sachsenkonflikt zu beschäftigen hat, damit die sächsischen Genossen wieder unterdrückt für ihre Partei tätig sein können.

## Das Kompromiß für die Fürsten

SPD. Die Verhandlungen der Regierungsparteien über das beabsichtigte Kompromiß zur Fürstenabfindung werden am Sonnabend abgeschlossen. Am Montag soll der in Ausarbeitung begriffene Entwurf der Verfassungsentwürfe übergeben und am Dienstag im Reichsausschuß des Reichstages eingebracht werden.

Der Gesetzentwurf wird, wie beabsichtigt, die Einleitung eines Sondergerichts bei dem Reichsgericht vorsehen, das aus Juristen, Vertretern des Reiches und Vertretern der Parteien bestehen wird. Als Partei sind nach dem Gesetzentwurf zwei Angehörige der fürstlichen Häuser und die betreffenden Vertreter der Landesregierungen zu bezeichnen. Die Verhandlungen des Sondergerichts werden nach dem Entwurf stimmberedigte Abgeordnete des Reichstages beinhalten. Eine Entscheidung soll jeweils nach juristischen und vor allem nach politischen Gesichtspunkten gefällt werden.

## Feine Düste vom Thronchen

C. Vukarek, 30. Januar. (Eig. Junkspruch.) Großes Aufsehen erregen neue Entwürfe über die angeblichen Gründe, die dem Thronverzicht und zur Landesverweisung des Kronprinzen zentral geführt haben. Danach soll es eine Woche, ehe Karol Rumänien den Thron verläßt, im künftigen Tage zu einem tatsächlichen Auftritt zwischen dem Kronprinzen und dem König, dem Kaiserin, dem Kaiserin Sabu Styrben, gekommen sein. Die Königin soll völlig unter dem Einfluß des Fürsten stehen, der als Hintermann Romanus gilt und deshalb beim Kronprinzen besonders verhasst ist.

## Die Flucht ins Dunkle

Berlin, 30. Januar. (Eigener Junkspruch.) Am Montag soll vor dem Berliner Gericht der Prozeß wegen einer der zahlreichen Gememorde beginnen und man kann schon, wie der Vorwärts berichtet, allerdings Beeinträchtigung der Verhandlungen ausschließen müßten. Wie man erzählt, hat sich besonders Reichskanzler Luther in Zusammenhang mit dem Reichswehrminister Geßler für diese Flucht ins Dunkle interessiert. Dabei können sie doch unmöglich

glauben, daß irgend etwas, was in diesen Verhandlungen zur Sprache kommen könnte, dem Auslande neu sei. Leider ist das Ausland — vor allem die Entente — über die Hintergründe der Gememorde wesentlich besser unterrichtet als das deutsche Volk. Das System des Schweriner Gerichts, gegen die Nordgefallen hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, hat nicht verhindern können, daß die wichtigsten Dinge aus der Verhandlung und aus den Urteilsgründen trotzdem aller Welt bekannt wurden. Durch dieses Bekanntwerden ist dem Reiche keinerlei Schaden erwachsen. Es ist allerdings möglich, daß dem Reichswehrministerium und einigen Stellen in der Reichswehr die Dinge unangenehm sind, die auch beim bevorstehenden Prozeß zur Sprache kommen könnten. Das Bestreben Luthers und Geßlers, in den Gang der preussischen Justiz einzugreifen, verdient auf alle Fälle scharfe Zurückweisung.

## Der Rüpel als Held

Der wälsche Abgeordnete Henning hat in der Donnerstagtagung des Reichstages den Reichslangler als Generalschicht beschimpft, so daß selbst die Deutschnationalen von dem wälschen Rüpel in eindrucksvoller Weise abdrückten. Anders Herrn Jugenbergs Meinungsfabrik! Der heutzutage nationale „Tag“ bringt in seiner Freitagsausgabe das Bild des wälschen „Helden“ mit der Helmschrift „An Opfer des Heiters“ und mit dem Text: „Der Abgeordnete Henning, der gegen seinen überaus mutigen und äußerst taktvollen Angriff auf die Regierung der Generalschicht mit einem Ausbruch von der Reichstagsabstimmung begünstigt wurde.“ — Die „Nachausgabe“ Herrn Jugenbergs ist also schon so weit gekommen, einen Mann, den der gesamte Reichstag als parlamentarischen Gassenjungen und „Standemoder“ von sich abgeschüttelt hat, zu einem „mutigen Vorkämpfer“ umzugestalten. Wir gratulieren den Deutschnationalen!

## Wälsche Gewalttätigkeit im Parlament

M. Weimar, 30. Januar. (Eig. Junkspruch.) Im Untersuchungsausschuß des Landtages ließ sich am Freitag nachmittags der wälsche Abgeordnete Wünsche zu einem tätlichen Angriff auf den Genossen Rahm hinreißen, der das Tragen der wälschen Nord- und Gememorden gekennzeichnet hatte. Die Sitzung wurde unterbrochen und der wälsche Abgeordnete von der weiteren Verhandlung ausgeschlossen.

## Fröhlicher Gaskrieg

Von Hermann Wendel

... Gasmasken vor dem Menschenauflauf ...  
Alfred Polgar

Der Krieg, ist er nicht doch, wie ihn Schiller nennt, „der Dämon des Menschengeschicks“? Der Zusammenprall von Heitergeschwadern auf grünem Rasen, wie ihn Villenronen malt:

Sattelkreuz, Sturz und Staub,  
Klingentanz und Scharten,  
Trunken Schwankt die Faust den Raub  
Plattener Standarten.

läßt er nicht doch durch Farbe, Romantik, Ueberhöhung des Alltags den Puls schneller schlagen? Aber gemacht „Romantisch“ im Stil der bunten Bilderbogen von Gustav Kühn in Neuruppin ist der Krieg längst nicht mehr. Nicht mehr raffen „ritterlich“ Dragoner gegen Kavallerie, Kavallerie gegen Infanterie, sondern tödlich bekämpfen sich Chlor und Phosphor, Perchloramessigsäuremethylester und Bromessigsäuremethylester, Diphosphortrioxid und Dichlordiäthylsulfid, und nicht einmal der Regen ist mehr grün wie auf früheren Schlachtfeldern, sondern durch die Gaswirkung gelblich und vergiftet. Ja, es ist einmal so: statt daß „Helden“ den Plamburg wider einander schwingen, werden im Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts Menschen, angelegliche Ebenbilder Gottes, wie Kaktus in ihren Köchern, wie Wägen in ihren Ketten vergiftet und erstickt; der Krieg ist, wie der Breslauer Universitätsprofessor Dr. Julius Meyer in seinem Werk „Der Gaskampf“ und die chemischen Kampfstoffe“ (Verlag Hirzel, Leipzig) bekundet, „ein Zweig der angewandten Chemie“ geworden. War 1914 die Verwendung von Giftgasen noch nahezu unbekannt, so verzeichnet im Juni 1916 die Deutschen vor Verdun bei einer einzigen Beschichtung bereits 100.000 Gasgranaten. 1918 war ein Viertel der gesamten Artilleriemunition mit Gasamstoff gefüllt, und in künftigen Kämpfen wird nach Meyer's Meinung der Gaskampf vielleicht den Ausschlag geben. Der Krieg von morgen ist der Gaskrieg!

Das Buch, das solche Einsicht vermittelt, ist furchtbar durch seinen Inhalt, furchtbarer durch die Gesinnung des Ver-